

## Öffentlichkeit falsch informiert?

**Die Ankündigung der Stadtwerke Schaumburg-Lippe, zum 1. April ihre Gaspreise um 14,6 Prozent zu senken, wird von der Bürgerinitiative „Energiepreise runter Schaumburg“ heftig kritisiert. Initiativensprecher Robert Laack wirft den Stadtwerken eine „verfehlte Unternehmenspolitik“ sowie eine falsche und unvollständige Information von Öffentlichkeit und Kunden vor.**

Obernkirchen. Die Aussagen zur Gaspreispolitik durch Reiner Brombach als Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und Mitglied des Aufsichtsrats der Stadtwerke Schaumburg-Lippe sowie des Geschäftsführers Eduard Hunker bedürfen im Interesse aller Verbraucher einer Verifizierung, so Laack. Gleichzeitig müsse „erneut auf die insgesamt verfehlte Unternehmenspolitik der Stadtwerke mit Blick auf ihren kommunalen Auftrag als Dienstleister“ hingewiesen werden. **„Überhöhte Gewinne“** Ein Blick auf die Entwicklung der Gaspreise zeige, dass der Preis am 30. September 2004 bei 4,03 ct/kWh gelegen habe und bis zum 31. März 2009 auf 9,69 ct/kWh angehoben wurde. Laack: „Im vergangenen Jahr betrug die Verteuerung beim Erdgas allein 23 Prozent. Die Preissenkungen auf 8,62 kWh brutto nach dem Ende der Heizperiode am 1. April 2009 stellen bei E.on und den Stadtwerken sicher, dass maximale und erheblich überhöhte Gewinne erzielt werden.“ Darüber hinaus sei festzustellen, dass die Senkung der Gaspreise nicht wie angekündigt 14,6 Prozent, sondern nur 11,04 Prozent betrage. Zwingend zu erwähnen sei in diesem Zusammenhang auch die durch die Stadtwerke und E.on einseitig verfügte Erhöhung der Strompreise zwischen dem 1. Februar 2008 und 1. Februar 2009 um rund 31 Prozent, für die auf Verlangen der Verbraucher die Angemessenheit der Preisanpassung nicht nachgewiesen wurde, erklärt Laack. Die Aussagen von Brombach und Hunker entsprechen nicht der Wahrheit, meint der Initiativensprecher und kritisiert vor allem die Feststellung, dass durch die gesetzliche Preiskoppelung Erdöl- und Gaspreise aneinandergelagert seien: „Das Gegenteil sei der Fall und wurde, soweit es solche Verträge unter den Energieversorgungsunternehmen gab, in den vergangenen Jahren auf Veranlassung des Bundeskartellamtes und der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde, aufgehoben und untersagt.“ Wer solche Aussagen bewusst treffe, so Laack, „verhält sich nicht anders als Menschen, die unter Vortäuschung falscher Behauptungen bei den Bürgern hohe Summen abkassieren.“ Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung werde „dringend“ geraten, sich von der Aussage zu distanzieren und sich über die einzelnen Elemente der Preisbildung bei Erdgas zu informieren. Beim kommunalen Auftrag, der den Stadtwerken zugrunde liegt, sei festzustellen, dass dieser kommunale Dienstleister seinen Aufgaben in einzelnen Bereichen seit Jahren nicht gerecht werde, kritisiert der Obernkirchner: „Die Rechnung hierfür zahlen die Bürger mit überhöhten Gas- und Strompreisen.“ Brombach beschreibe die Senkung der Gaspreise als einen „Spagat“, den der Aufsichtsrat zu vollziehen hatte. „Als „schädigend“ wertete Laack mit Blick auf den Aufsichtsrat die gerichtlichen Mahnverfahren der Stadtwerke Schaumburg-Lippe GmbH und von E.on, die am 31. Dezember die Verbraucher bundesweit erreicht hätten. Laack: „Diese wehren sich seit Jahren auf der legalen gesetzlichen Grundlage gegen Preiserhöhungen, deren Angemessenheit bisher nicht nachgewiesen wurde.“ Bei den Stadtwerken Schaumburg-Lippe wie auch bei anderen Gasversorgungsunternehmen sei zusätzlich davon auszugehen, dass die in den Sonderverträgen einseitig zugunsten der Stadtwerke und zum Nachteil der Gaskunden festgelegten Vereinbarungen zur Gaspreiserhöhung laut Rechtsgutachten null und nichtig sind, so Laack. Dies führt dazu, dass aufgrund bereits vorliegender Gerichtsurteile Preiserhöhungen voll zurückzuzahlen sind, wenn sie vom Verbraucher unter Vorbehalt gezahlt wurden. **Kommunale Ziele** Abschließend bringt die Bürgerinitiative die Hoffnung zum Ausdruck, dass sich auch die Mandatsträger in der weiteren Entwicklung der Stadtwerke wieder zu den kommunalen Zielen, die auf die Verbraucher, die heimische Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte ausgerichtet sind, bekennen, was in der derzeitigen und künftigen wirtschaftlichen Situation in unserem Land „unerlässlich“ sei, so Laack: „Fachlich kompetente Mitglieder der Bürgerinitiative sind bereit, beratend im Aufsichtsrat der Stadtwerke ehrenamtlich mitzuarbeiten, um die dargestellten Unzulänglichkeiten umgehend zu korrigieren.“ rnk